

Russland, China und die afrikanischen Staaten: Das Ringen um eine Libyenpolitik

Hanspeter Mattes

Seit über vier Monaten führt die NATO in Libyen unter Berufung auf die UN-Sicherheitsratsresolution 1973 vom 17. März 2011 Militäroperationen gegen die Truppen von Revolutionsführer Qaddafi zum „Schutz der Zivilbevölkerung“ durch. Die Kritik an diesen NATO-Einsätzen wächst sowohl in den BRIC-Staaten als auch in Europa. Ein Ende der Einsätze ist derzeit nicht in Sicht.

Analyse

Die Demonstrationen in Banghazi führten ab dem 17. Februar 2011 binnen weniger Tage zur Befreiung ganz Ostlibyens von der Herrschaft Qaddafis. Auf die Ende Februar 2011 angelaufene militärische Rückeroberung und die Ankündigung Qaddafis, die „oppositionellen Ratten“ auszumerzen, reagierte der UN-Sicherheitsrat mit Resolution 1973, mit der eine Flugverbotszone eingerichtet und „alle notwendigen Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung“ gebilligt wurden. Seit 19. März 2011 finden Luftangriffe auf Libyen statt, die seit 27. März 2011 von der NATO befehligt werden. Die Luftangriffe sind zunehmend einseitige Kampfeinsätze zugunsten der Streitkräfte des oppositionellen Nationalen Übergangsrates in Libyen wie überhaupt das NATO-Engagement immer stärker den Charakter eines Instrumentes zum Sturz des Qaddafi-Regimes angenommen hat. In dem Maße, in dem der NATO-Militäreinsatz politische Ziele verfolgt, wird er u.a. von Russland, China und vielen afrikanischen Staaten abgelehnt.

- Auch wenn der russische Präsident Medwedew in der Libyenpolitik einen Schulterschluss mit den westlichen Staaten demonstriert, wird von russischer Seite in der Praxis das NATO-Engagement abgelehnt und von einem Missbrauch des UN-Mandats gesprochen.
- China zeigt bislang am offensten Unterstützung für das Regime Qaddafis, obwohl es seit Juni 2011 im Rahmen seiner Vermittlungsbemühungen auch Kontakte zur Opposition gibt. Im Mittelpunkt steht die langfristige Sicherung der Wirtschaftsinteressen in Libyen.
- Die afrikanischen Staaten sind teils für, teils gegen Qaddafi eingestellt und setzen folglich Sanktionsvorgaben nur selektiv um. Einheitlich abgelehnt wird der Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofs gegen Qaddafi; die Afrikanische Union (AU) engagiert sich für eine politische Lösung, auch wenn die Vermittlung bislang erfolglos blieb.

Schlagwörter: Libyen, Russland, China, Afrikanische Union

Die Ausgangslage

Der am 17. Februar 2011 ausgebrochene Libyenkonflikt wird zwangsläufig – wie jeder militärisch ausgetragene Konflikt – im Ausland entsprechend den nationalstaatlichen Interessen unterschiedlich bewertet. So bildeten sich nicht nur zwischen Staaten konträre Positionen heraus, sondern auch innerhalb einzelner Staaten vertraten die jeweiligen politischen Akteure unterschiedliche Auffassungen hinsichtlich des Kurses gegenüber Libyen.

Als nach dem Vorbild der Proteste in Tunesien und Ägypten von libyschen Oppositionsgruppen der 17. Februar 2011, der Jahrestag gewaltsamer Proteste von 2007, zum libyschen „Tag des Zorns“ ausgerufen worden war, konnte niemand ahnen, dass das brutale Vorgehen und der Schusswaffeneinsatz der Sicherheitskräfte eine Oppositionsbewegung in Gang setzen würde, die binnen weniger Tage ganz Ostlibyen von der Herrschaft Qaddafis befreite.¹ Die umgehend in Angriff genommene Niederschlagung des Aufstandes in Ostlibyen durch Qaddafi-loyale Truppen, vor allem aber die von Qaddafi angekündigte „Säuberung“ des Landes von „Ratten“ löste innerhalb der Oppositionsbewegung, aber auch in westlichen Staaten wie Frankreich, Großbritannien und den USA Befürchtungen vor massiven Menschenrechtsverletzungen aus. Der UN-Sicherheitsrat reagierte deshalb so schnell wie selten zuvor und verhängte bereits am 26. Februar 2011 mit Resolution 1970² einstimmig Wirtschaftssanktionen gegen Libyen, um Qaddafi zu einer politischen Lösung des internen Konfliktes zu bewegen. Da Qaddafi den Vormarsch seiner Truppen nicht stoppte, verschärfte der Sicherheitsrat am 17. März 2011 mit Resolution 1973³ seine Position. Mit dieser Resolution wurde ein sofortiger Waffenstillstand bzw. ein Ende der Gewaltanwendung und aller Angriffe gegen die Zivilbevölkerung gefordert. Zudem sprach sich der UN-Sicherheitsrat in der Resolution für eine Intensivierung der Anstrengungen einer Konfliktlösung aus, die den legitimen Forderungen des libyschen Volkes Rechnung trägt, und ermächtigte die UN-Mitgliedsstaaten, über Libyen eine Flugverbotszone einzurichten sowie (oh-

ne weitere Spezifikation) „alle notwendigen Maßnahmen“ zum Schutz der Zivilbevölkerung zu ergreifen. Diese Resolution wurde allerdings wegen der möglichen breiten Auslegung nicht mehr einstimmig Zustimmung von allen 15 Sicherheitsratsmitgliedern angenommen, weil sich die BRIC-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China) sowie Deutschland – wenngleich aus anderen Gründen – der Stimme enthielten.

Im Libyenkonflikt gab es folglich sehr schnell eine sichtbare Polarisierung hinsichtlich des Umgangs mit dem Regime Qaddafis: Die Sicherheitsratsmitglieder Frankreich, Großbritannien und die USA (in den Augen der BRIC-Staaten „der Westen“) stellten sich bedingungslos hinter die Oppositionsbewegung und führten die Gruppe jener Staaten an, die unter den „notwendigen Maßnahmen“ auch den Regimewechsel in Form eines Sturzes Qaddafis verstanden. Instrument zur Durchsetzung des auf diese Weise weit ausgelegten UN-Mandats ist seit 27. März 2011 die NATO, die allerdings nicht zuletzt wegen steigender ziviler Opfer als Folge fehlgeleiteter Raketenangriffe und wegen einseitiger Kampfhandlungen zugunsten der Oppositionsstreitkräfte selbst internationaler Kritik ausgesetzt ist.⁴ Russland und China verweigerten sich hingegen – verankert in der allgemeinen Politik einer interessengeleiteten Distanz⁵ zum Westen – einem solchen Kurs und wurden in dieser Auffassung von etlichen Staaten aus Asien, Afrika und Lateinamerika unterstützt. Sie stellen die Libyenpolitik der NATO-Staaten in den Kontext der seit dem 11. September 2001 forcierten Politik zur Kontrolle des arabischen Raumes unter dem Deckmantel der Demokratisierung. Allerdings waren und sind die Positionen Russlands, Chinas und vieler afrikanischer Staaten nicht ohne Nuancen, die zum einen unterschiedlichen innenpolitischen Akteuren geschuldet und zum anderen Resultat der Vermittlung im Libyenkonflikt sind, die auch Kontakte zur libyschen Opposition in Form des seit März 2011 gegründeten Nationalen Übergangsrates⁶ erforderlich machen.

De facto ist der gegenwärtige Libyenkonflikt eine Auseinandersetzung, in der intern miteinander um die Macht ringende Konfliktparteien

1 Vgl. den genauen Verlauf der Auseinandersetzungen unter Libya our home: News and views, unter: <www.libya-watana.com/> (02.08.2011).

2 Vgl. Text unter <www.un.org/Depts/german/sr/sr_11/sr1970.pdf> (02.08.2011).

3 Vgl. Text unter <www.un.org/Depts/german/sr/sr_11/sr1973.pdf> (02.08.2011).

4 Dieser Sachverhalt wird von der libyschen Staatspropaganda entsprechend ausgeschlachtet; vgl. *Tripoli Post*, 28.03.2011 (Libyan government: NATO terrorising, killing Libyans).

5 Vgl. zum Beispiel hinsichtlich Russland den Kontext in: *Russia and the Arab spring* (2011).

6 Vgl. Details unter <www.ntclibya.org> (02.08.2011).

(Qaddafi; Nationaler Übergangsrat) mit unterschiedlichen außenpolitischen Strategien um Unterstützung werben und sich andererseits externe Mächte gegenüber den libyschen Konfliktparteien (entsprechend ihren jeweiligen nationalen Interessen im globalen Kontext) positionieren.

Die Haltung Russlands

Die russische Staatsführung wie auch die russischen Medien verfolgten und kommentierten die Entwicklung seit Februar 2011 aufmerksam. Die Einschätzungen der Entwicklung fielen dabei differenziert aus, waren jedoch teilweise auch falsch, wie die Einschätzung von Senator Marelov vom 2. März 2011, dass das Regime Qaddafis kurz vor dem Zusammenbruch stehe, oder von Fedor Lukyanow in der *Gazeta* vom 3. März 2011, dass eine Militärintervention des Westens in Libyen unwahrscheinlich sei. Zudem veränderten sich die Einschätzungen im Zeitablauf und passten sich den neuen Gegebenheiten an; allen gemeinsam war hingegen die Ablehnung des westlichen Militärengagements in Libyen, auch wenn es bei der Formulierung und Umsetzung der eigenen russischen Position zwischen Präsident Medwedew und Ministerpräsident Putin vor und nach der Verabschiedung der UN-Sicherheitsratsresolution 1970 und 1973 zu divergierenden Auffassungen kam. Während zum Beispiel Präsident Medwedew mit Dekreten am 10. März 2011 und 14. März 2011 die mit Resolution 1970 verhängten und von Russland gebilligten Reisebeschränkungen gegen Qaddafi und 14 weitere Familienmitglieder und Führungspersonlichkeiten sowie das Waffenembargo für Russland übernahm und es dabei kaum zu Protesten des Putin-Lagers kam, traten in der Frage der Zustimmung zu Resolution 1973 deutliche Differenzen zutage. Präsident Medwedew entschied mit Blick auf das Ziel einer fortgesetzten Kooperation mit den westlichen Staaten letztendlich, dass sich Russland beim Votum im Sicherheitsrat zumindest der Stimme enthält. Putin als Verfechter eines nationalistischen Kurses und als Politiker, der im Sicherheitsrat eines der letzten Instrumente sieht, um Unzufriedenheit mit westlichem Dominanzstreben auszudrücken, trat hingegen für eine Zurückweisung ein.⁷ Putin übernahm sogar Qaddafis Terminolo-

gie und bezeichnete am 22. März 2011 beim Besuch einer Rüstungsfabrik in Udmurtien die Resolution als einem „Aufruf zum Kreuzzug“, die allen Teilnehmern jede beliebige Handlung gegen einen souveränen Staat erlaube. Der Führer der KP Russlands, Gennadiy Zyuganow, sprach seinerseits von einem Kolonialkrieg gegen Libyen. Allerdings wandte sich auch Medwedew gegen die Entsendung von NATO-Bodentruppen nach Libyen und betonte mehrfach, dass sich Russland auf keinen Fall an Militäroperationen in Libyen beteiligen werde. Die russische Bevölkerung teilte in einer Umfrage, deren Ergebnisse am 24. März 2011 vorgestellt wurden, die Position von Putin. 78 Prozent der Befragten lehnten die UN-Resolution und die Bombardierung Libyens durch die NATO ab.⁸ Für die Entscheidung war insbesondere das von Nationalisten wie Wladimir Zhirinowski, dem Vizepräsidenten der Duma, vorgebrachte Argument, die NATO-Alliierten würden „normale libysche Bürger“ töten, ausschlaggebend.

Nach Beginn der Militäreinsätze am 19. März 2011 (unmittelbar nach der Verabschiedung von Resolution 1973)⁹, zunächst von den USA, Großbritannien und Frankreich, ab 27. März 2011 von der NATO koordiniert und kommandiert, plädierte die russische Staatsführung kollektiv (Präsident, Ministerpräsident, Außenminister, Duma) für eine sofortige Einstellung der Militäroperationen; teilweise forderte sie in Stellungnahmen auch ein Ende der Gewalt seitens der beiden Bürgerkriegsparteien. In diese Kritik mischte sich ab Ende März 2011 zusehends die Skepsis, dass die NATO in Libyen gänzlich andere Ziele als den Schutz der Zivilbevölkerung, – vielmehr einen Regimewechsel und den Sturz von Revolutionsführer Qaddafi – verfolge. Für diesen Fall sahen etliche russische Kommentatoren, aber auch der frühere russische Botschafter in Tripolis, Wladimir Chamow, den Ausbruch von Chaos und eine mögliche Teilung des Landes voraus. Eine solche Entwicklung ist indes nicht im Interesse Russlands, weshalb bereits früh von russischen Politikern wie Konstantin Kosachew, dem Vorsitzenden des Komitees für internationale Angelegenheiten der Duma, eine mögliche Vermittlerrolle Russlands im Libyenkonflikt ins Spiel gebracht

Libyen-Einsatz beenden).

⁸ Vgl. *Nezavisimaja Gazeta*, 25.03.2011.

⁹ Vgl. *Middle East Online*, 20.03.2011 (Air strikes within hours after UN Libya vote).

⁷ Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ), 24.03.2011 (Duma:

wurde.¹⁰ Die „außer Kontrolle“ geratene Entwicklung (so Medwedew am 12. April 2011) führte dazu, dass Russland nicht nur die angelaufene AU-Vermittlungsinitiative (s.u.) unterstützte, sondern selbst über den von Präsident Medwedew eingesetzten Nordafrika-Beauftragten Mikhail Margelow aktiv wurde. Ausgangspunkt war die sich Ende April 2011 verschärfende Situation, in der nicht nur Qaddafi Russland darum bat, Beobachter nach Libyen zu entsenden (und implizit die von der NATO verursachten zivilen Schäden zu bestätigen), sondern Russland selbst die Position vertrat, dass – so Außenminister Lawrow am 19. April 2011 – der „NATO-Krieg in Libyen“ das UN-Mandat verletzt.¹¹ Gerade dieser Vorwurf verstärkte sich nach dem misslungenen Luftangriff der NATO auf Qaddafi am 1. Mai 2011.

Eine Revision des russischen Standpunktes zeichnete sich vor dem Hintergrund der militärischen Entwicklungen und der Terraingewinne der Opposition im Jabal Nafusa Ende Mai 2011 ab. Auf dem G8-Gipfel in Deauville am 26./27. Mai 2011 demonstrierte Präsident Medwedew – aus übergeordneten Interessen heraus, aber auch auf die langfristige Sicherung russischen Einflusses in Nordafrika und dem Nahen Osten bedacht – einen vorsichtigen Schulterchluss mit den westlichen Staaten, indem er ebenfalls erstmals öffentlich die legitimen Interessen des libyschen Volkes betonte und zugleich feststellte, dass er – ebenso wie die internationale Staatengemeinschaft – Qaddafi nicht mehr als Führer Libyens anerkenne.¹² Zugleich bot Medwedew an, dass Russland bereit sei, engagiert im Libyenkonflikt zu vermitteln, ein Angebot, das von den anderen Gipfelteilnehmern gebilligt wurde. Diese Vermittlungsaktion implizierte nicht nur die Suche nach einer politischen Zukunftslösung für ein Libyen ohne Qaddafi, sondern auch Verhandlungen mit beiden libyschen Konfliktparteien. Allerdings blieben die ersten Gespräche von Margelow mit dem Nationalen Übergangsrat in Banghazi am 7./8. Juni 2011 erfolglos, zum einen weil die Oppositionsbewegung auf dem bedingungslosen Abtritt Qaddafis beharrte, bevor weitere

Schritte zu besprechen seien, und zum anderen, weil Qaddafi in einer neuerlichen Rede Anfang Juni 2011 den Kampf bis zum Tod angekündigt hatte.¹³ Die von den G8-Teilnehmern gebilligten Vermittlungsbemühungen verlangten von Russland weder, dass es den Nationalen Übergangsrat diplomatisch anerkennt, noch dass Russland jegliche Kritik an den NATO-Aktionen einstellt. Folglich war auf russischer Seite weiterhin vom Resolutionsmissbrauch die Rede und Vizeministerpräsident Iwanow kritisierte, dass die NATO eindeutig zugunsten der Opposition in den Bürgerkrieg eingreife und die französischen Waffenlieferungen an die Aufständischen im Jabal Nafusa Mitte Juni 2011 das beschlossene Waffenembargo verletzen. Statt des von der NATO erhofften erfolgreichen Blitzkrieges¹⁴ in Libyen hätten die übereilten Schritte des Westens nach Ansicht des russischen Außenministeriums vom 2. August 2011 zu einer Situation geführt, die militärisch vollkommen in der Sackgasse stecke und umso dringender politischer Lösungsansätze bedürfe.

Es darf nicht vernachlässigt werden, dass die langjährige wirtschaftliche und militärische Kooperation zwischen Russland und Libyen für die politische Positionierung Russlands eine bedeutende Rolle spielte, weshalb in Zeitungsmeldungen mehrfach die konfliktgebundenen Schäden für Russland thematisiert wurden. Wegen des verhängten internationalen Waffenembargos bezifferte z.B. der russische Waffenlieferant Rosoboronexport die Höhe entgangener Waffengeschäfte am 3. März 2011 auf vier Mrd. USD; andere Berichte griffen die negativen Auswirkungen für russische Exportfirmen auf. Mit Blick auf die Energiesituation äußerte Energieexperte Sergey Aleksashenko in dem Gazprom eigenen Radio Echo Moskvj am 24. Februar 2011 jedoch, „Russland profitiere durch höhere Energiepreise (wegen des Ausfalls der libyschen Energieexporte), egal, welchen Ausgang die libyschen Unruhen nehmen“.

Die Haltung Chinas

Die chinesische Staatsführung beobachtete den „arabischen Frühling“ von Anfang an intensiv

¹⁰ Vgl. Centre TV Moskau, 23.03.2011 (Top MP says Russia well-placed to mediate in Libya).

¹¹ Interfax, 19.04.2011 (Russia's Lavrov accuses anti-Qadhafi coalition of violating UN mandate).

¹² Vgl. FAZ, 30.05.2011 (Konsequenter Sinneswandel). Vizeaußenminister Ryabkow ergänzte: „Qadhafi has deprived himself of legitimacy with his actions, we should help him leave.“

¹³ Vgl. *Neue Zürcher Zeitung*, 09.06.2011 (Russland sucht Verhandlungslösung in Libyen).

¹⁴ Vgl. die Kritik von Tofik Abbasov: The failed blitzkrieg, in: *New Eastern outlook*, 14.07.2011, unter: <<http://journal-neo.com/?q=node/7786>> (05.08.2011).

und schenkte auch der eskalierenden Entwicklung in Libyen anhaltende Aufmerksamkeit. Besonders umfangreich waren die chinesischen Kommentare und die Berichterstattung im chinesischen Fernsehen zu Libyen zum Zeitpunkt der Verabschiedung der beiden UN-Resolutionen. Ebenso wie Russland nimmt auch China eine von den westlichen Staaten abweichende Position zum Libyenkonflikt ein, die von außenpolitischen, und darüber hinaus von massiven wirtschaftlichen Interessen geprägt ist. Wirtschaftlich hatte der Konflikt für China zunächst ausgeprägte negative Konsequenzen, weil die umfangreichen chinesischen Bauprojekte nach dem 17. Februar 2011 zum Erliegen kamen und allein bis Anfang März 2011 insgesamt 35.860 chinesische Arbeiter aus Libyen flüchteten.

Politisch schlug die chinesische Führung nach der Zustimmung zur UN-Resolution 1970 in der Hoffnung, damit die Chancen zu einer innerlibyschen Konfliktlösung zu erhöhen, ab März 2011 einen profilierten und restriktiveren Kurs ein, ohne allerdings das bisherige außenpolitische Nichtinterventionsprinzip (und damit ein „Nein“) zu praktizieren, was sich in der Enthaltung bei der Abstimmung über Resolution 1973 niederschlug.¹⁵ China plädierte eindringlich für eine friedliche Lösung des Konflikts – ohne externe Einmischung – durch die Libyer selbst und forderte, dass insbesondere die Souveränität und die territoriale Einheit des Landes respektiert werden sollen.¹⁶ Nach Beginn der Luftangriffe auf Libyen übte China deutlich Kritik an den Luftschlägen, weil diese zum einen weit über das intendierte Mandat durch den Sicherheitsrat hinausgingen. Zum anderen entstehe dadurch ein ostlibyscher Schutzraum, in dem sich islamistische Extremisten neu organisieren können – mit entsprechenden negativen Konsequenzen für die lokale politische Entwicklung.¹⁷ Parallel dazu appellierte die chinesische Seite stets auch an die beiden libyschen Konfliktparteien, einen Waffenstillstand zu schließen, weil dann den NATO-Luftangriffen der Boden entzogen wäre. Als Hauptgrund für das

NATO-Engagement wurden in chinesischen Medien die Sicherung der westlichen Ölinteressen, jedoch weniger der Schutz der Zivilbevölkerung angegeben.¹⁸

Konkret sprach sich die chinesische Führung seit dem Besuch des französischen Präsidenten Sarkozy in Beijing Ende März 2011 für eine politische Lösung des Libyenkonflikts einschließlich eines „sofortigen und bedingungslosen Waffenstillstandes“ aus und kritisierte Maßnahmen wie den Luftangriff auf Qaddafi vom 1. Mai 2011 heftig, weil diese den Konflikt nur unnötig verschärften. Auch wenn der Sprecher des Außenministeriums, Jiang Yu, in einer Erklärung Ende Mai 2011 betonte, dass „China die Wahl des libyschen Volkes respektiere“, zielen dies noch längst nicht auf eine Anerkennung des Nationalen Übergangsrates, sondern bereitete nur den Boden für pragmatische Vermittlungstätigkeit. Diese konkretisierte sich Anfang Juni 2011, als der chinesische Botschafter in Katar am 3. Juni 2011 erstmals mit dem Vorsitzenden des Nationalen Übergangsrates, Mustafa M. Abd al-Jalil, zusammentraf und die Chancen einer Konfliktlösung erörterte. Weit aus prominenter war indes der Empfang des libyschen Außenministers Abd al-Ati al-Ubaidi in Beijing vom 7.-9. Juni 2011, in dessen Kontext von chinesischer Seite Qaddafi unterstützende Positionen formuliert wurden, jedoch zugleich dazu aufgerufen wurde, den politischen Prozess zur Lösung des Konfliktes in Angriff zu nehmen. Kritisiert wurde zudem, dass die US-Operationen in Libyen sich gegen die chinesischen (Wirtschafts-)Interessen richten. Auch wenn am 21. Juni 2011 der außenpolitische Sprecher des Nationalen Übergangsrates, Mahmud Jibril, für zwei Tage nach Beijing kam (ein Besuch, den der Nationale Übergangsrat als bedeutend einschätzte), kann dennoch davon ausgegangen werden, dass Qaddafi vorerst immer noch von Beijing unterstützt wird, sich China aber zugleich auf ein Libyen ohne Qaddafi vorbereitet, vor allem um langfristig seine Wirtschaftsinteressen in dem Erdöl-land zu sichern.

15 Vgl. *Wall Street Journal*, 21.03.2011 (China takes new tack in Libya vote); China orientierte sich angesichts der komplexer gewordenen globalen Lage an der russischen Haltung; Indien und Brasilien übernahmen die Haltung Russlands und Chinas.

16 Vgl. *Xinhua*, 11.03.2011 (China „highly concerned“ about situation in Libya); *Xinhua*, 22.03.2011 (China says Libya's future should be determined by Libyan people).

17 *Wen Wei Po* (Hong Kong), 24.03.2011 (Intervention in Libya clears way for religious extremists).

18 Als Beispiele vgl. *Wen Wei Po* (Hong Kong), 21.03.2011 (Chinese editorial criticizes Western attacks for oil interests); *Xinhua*, 31.03.2011 (Doubts over purpose of Libyan operation intensify).

Die Haltung der afrikanischen Staaten und der AU

Die Haltung der afrikanischen Staaten und der AU zum Libyenkonflikt ist gespalten und zeigt sich in mehreren Bruchlinien: in der offiziellen Parteinahme zugunsten des Regimes Qaddafis bzw. des Nationalen Übergangsrates, bei den Pro-Qaddafi-Demonstrationen in mehreren Sahelstädten (u.a. Bamako, Niamey, Akkra), aber auch der botswanischen National Front Youth League, bei der trotz westlichen Drucks nur partiellen und zögerlichen Umsetzung der UN-Wirtschaftssanktionsvorschriften (Einfrierung libyscher Guthaben)¹⁹ sowie in der Ablehnung des Haftbefehls gegen Qaddafi, den der Internationale Strafgerichtshof am 27. Juni 2011 erließ und den die AU auf ihrem Gipfel am 1. Juli 2011 zurückwies.²⁰

Die unterschiedlichen afrikanischen Positionen spiegeln sich am deutlichsten in der offenen Parteinahme zugunsten einer der beiden libyschen Konfliktparteien wider, wo sich z.B. Mauretanien, Kenia, Ruanda oder Senegal im Laufe der letzten Monate offen von Qaddafi abgewandt haben und den Nationalen Übergangsrat als einzige legitime Vertretung des libyschen Volkes anerkannten oder sogar – wie der kenianische Premierminister Raila Odinga – offen zum Sturz Qaddafis aufriefen; der senegalesische Präsident Wade war der erste sub-saharische Staatschef, der am 9. Juni 2011 den Nationalen Übergangsrat in Banghazi besuchte und Gespräche mit dem Ratsvorsitzenden Abd al-Jalil führte.²¹ Andere Staaten hingegen, insbesondere solche in unmittelbarer geografischer Nachbarschaft wie die Sahelstaaten Niger, Mali und vor allem der eng mit Qaddafis Libyen verbündete Tschad oder solche, die stark von libyscher Wirtschafts- und Finanzhilfe profitieren, wie Burkina Faso, Ghana, Eritrea, Namibia oder Südafrika, haben ihre bisherige Qaddafi-freundliche Libyenpolitik aufrechterhalten. Einzelentwicklungen spielen hierbei eine zusätzliche Rolle: So fürchtet z.B. der nigrische Präsident Issoufou eine Machtergreifung islamistischer Gruppen in Ostlibyen, die negative Auswirkungen auf den Niger haben dürfte. Der südafrikanische Präsident Zuma warf im Juni 2011 der NATO gezielte Luftangriffe auf Qaddafi vor und kritisierte, die

UN hätten kein Mandat für „politischen Mord“ erteilt.²² Eine dritte Staatengruppe ist unentschieden und appelliert an Qaddafi, „demokratisch zu sein“ (wie der ugandische Präsident Museveni) bzw. „das Recht der Bürger zur Wahl des politischen Führers zu respektieren“ (wie der nigerianische Außenminister), ohne allerdings offene Unterstützung für den Nationalen Übergangsrat zu bekunden. Zugleich wird gegenüber der Militärintervention große Skepsis gezeigt bzw. diese grundsätzlich abgelehnt und – wie vom ehemaligen südafrikanischen Präsidenten Thabo Mbeki (2011) exemplarisch ausgeführt – eine ausschließlich innerafrikanische Konfliktlösung eingefordert. Die in diesem Sinn von Qaddafi unterstützte Vermittlung der AU fand zwar statt (5-Präsidenten-Vermittlungsreise nach Tripolis und Banghazi am 10./11. April 2011), blieb aber bislang ohne konkretes Ergebnis, weil der von der AU vorgeschlagene und von Qaddafi akzeptierte Waffenstillstand vom Nationalen Übergangsrat abgelehnt wurde; nur ein Rücktritt – so der Übergangsrat – eröffne neue Perspektiven. Dies gilt auch für die Vorschläge zur Konfliktlösung, die die AU auf ihrem Gipfel am 1. Juli 2011 in Malabo (Äquatorialguinea) gefasst hat, weil diese Vorschläge – so Ghoga, der Sprecher des Übergangsrats – nicht den Abtritt Qaddafis und seines engeren Führungszirkels beinhalten, den die afrikanischen Unterstützer Qaddafis bislang verhindert hätten.

Perspektiven

Der seit über sechs Monaten andauernde Libyenkonflikt polarisierte auf globaler Ebene das Verhältnis zwischen den NATO-Staaten auf der einen Seite und auf der anderen Seite insbesondere den BRIC-Staaten, die allesamt die militärische Intervention in Libyen ablehnen. Diese Polarisierung folgt den Interessen beider Lager, die sich bei ihrem Ringen um bessere internationale Positionierung zugleich spezifischer Unterstellungen und Stereotypen bedienen. Auf Seiten der BRIC-Staaten zählt hierzu vor allem das Argument, die NATO-Intervention sei erfolgt, um die Kontrolle über das libysche Öl zu erlangen. Vergessen wird dabei, dass das libysche Öl seit Jahren weitestgehend von westlichen Ölfirmen gefördert wurde

¹⁹ Die meisten Staaten sind hier noch unentschieden; vgl. *The Standard* (Nairobi), 08.07.2011 (Kenya defies western pressure).

²⁰ FAZ, 05.07.2011 (Afrika spielt nicht mit); zum Kontext vgl. Louw (2011).

²¹ *Jeune Afrique*, 12.-18.06.2011 (Senegal-Libye).

²² *The Star* (Johannesburg), 16.06.2011.

und während der gesamten Amtszeit Qaddafis der Öllexport in die EU-Staaten nie gefährdet war. Allerdings war Libyens Einsatz für afrikanische Belange stets ein Dorn im westlichen Dominanzstreben. Die italienische *La Stampa*²³ sowie der algerische *Quotidien d'Oran*²⁴ greifen diesen Aspekt auf und stellen die militärische Libyenoperation der westlichen Staaten und den angestrebten Regimewechsel in einen größeren Zusammenhang: mit ihm werde der libysche Widerstand gegen das US-Militärkommando Afrika/AFRICOM beseitigt sowie Qaddafis Kampf für ein vereinigtes Afrika und für eine stärkere Durchsetzung afrikanischer Wirtschaftsinteressen ausgeschaltet. Für vereinzelte russische Kommentatoren ist der Libyenkrieg eine Neuauflage der Stellvertreterkriege des Kalten Krieges. Arabische Kommentatoren wie Serge Hilmi von der *Le Monde Diplomatique* weisen dabei auf die Heuchelei des Westens hin: Qaddafi sei nicht angegriffen worden, weil er der schlimmste Diktator gewesen sei, sondern derjenige, der weder über Atomwaffen noch mächtige Freunde verfüge, die ihn vor militärischen Angriffen schützen können.

Der Libyenkonflikt scheint das Misstrauen zwischen zahlreichen Staaten in der südlichen Hemisphäre einschließlich der BRIC-Staaten und dem Westen gestärkt zu haben. Die Militärintervention des Westens in Libyen im Namen des Schutzes der Zivilbevölkerung hat in diesen Staaten eher die politische Abgrenzung und die Suche nach neuen Kooperationspartnern außerhalb des Westens gefördert, dem Westen jedoch in keinem Fall einen Bonus verschafft.

Literatur

Louw, Antoinette (2011), *Perspectives on Africa's response to the ICC's arrest warrants in the Libya situation*, online: <www.iss.co.za/uploads/22July11Libya.pdf> (02.08.2011).

Mbeki, Thabo (2011), Let us solve our own problems, in: *The African Times*, 6/7 (Juni/Juli).

²³ *La Stampa* (Rom), 21.03.2011 (Libya operations fit US' greater Africa game plan).

²⁴ *Le Quotidien d'Oran*, 05.05.2011 (Libye: les vraies raisons de la guerre).

■ Der Autor

Dr. Hanspeter Mattes ist stellvertretender Direktor des GIGA Instituts für Nahost-Studien (IMES). Spezialgebiete: Innen- und Außenpolitik der nordafrikanischen Staaten, wirtschaftliche Transformationsprozesse, *Soft-security*-Probleme.

E-Mail: <mattes@giga-hamburg.de>, Website: <<http://staff.giga-hamburg.de/mattes>>.

■ GIGA-Forschung zum Thema

Der GIGA Forschungsschwerpunkt 2 „Gewalt und Sicherheit“ beschäftigt sich vor allem im Rahmen seines Forschungsteams 3 „Kriegs- und Friedensprozesse“ mit Aspekten militärischer Gewalt und nationalen wie internationalen Reaktionen (Intervention, Vermittlungsaktionen etc.). In Forschungsschwerpunkt 1 „Legitimität und Effizienz politischer Systeme“ werden in Forschungsteam 1 „Persistenz und Wandel nichtdemokratischer Regime“ derzeit auch die politischen Umbrüche in der arabischen Welt untersucht.

■ GIGA-Publikationen zum Thema

Fürtig, Henner (2011), *Präsidentensturz in Ägypten: Personal- oder Regimewechsel?*, GIGA Focus Nahost, 2, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/nahost>.

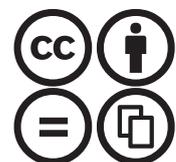
Hansen, Gerda und Thomas Siebold (2011), *Arabische Autokratien unter Demokratisierungsdruck*, Hamburg: GIGA Informationszentrum, Annotierte Online-Bibliographie, online: <www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/bibliothek/bibliographien/pdf/dok-line_nahost_2011_1.pdf> (05.08.2011).

Mattes, Hanspeter (2011), *Arabiens große Revolte: Die Sonderrolle Libyens*, Berlin: Hanns-Seidel-Stiftung, online: <www.hss.de/politik-bildung/themen/themen-2011/arabiens-grosse-revolte.html> (05.08.2011).

Mattes, Hanspeter und Sigrid Faath (2011), *Der Machtwechsel in Tunesien und politische Reformperspektiven in Nahost*, GIGA Focus Nahost, 1, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/nahost>.



Der GIGA *Focus* ist eine Open-Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Netz gelesen und heruntergeladen werden unter <www.giga-hamburg.de/giga-focus> und darf gemäß den Bedingungen der *Creative-Commons-Lizenz Attribution-No Derivative Works 3.0* <<http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/deed.en>> frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere: korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als GIGA *Focus*, keine Bearbeitung oder Kürzung.



Das GIGA German Institute of Global and Area Studies – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Ausgewählte Texte werden in der GIGA *Focus* International Edition auf Englisch veröffentlicht. Der GIGA *Focus* Nahost wird vom GIGA Institut für Nahost-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Auf die Nennung der weiblichen Form von Personen und Funktionen wird ausschließlich aus Gründen der Lesefreundlichkeit verzichtet.

Redaktion: Henner Fürtig; Gesamtverantwortliche der Reihe: André Bank und Hanspeter Mattes

Lektorat: Silvia Bücke; Kontakt: <giga-focus@giga-hamburg.de>; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

G I G A *Focus*
German Institute of Global and Area Studies
Institut für Nahost-Studien

IMPRESSUM